

Freie Demokraten im Hessischen Landtag

JOBTICKET DES LANDES: ÄRZTE FAHREN, KRANKENPFLEGER GEHEN

29.03.2018

- Maßnahme der Landesregierung führt zu massiven Verwerfungen
- Jobticket unsozial
- Forderung nach Verbesserung des ÖPNV

Es klingt wie ein Aprilscherz, ist aber keiner: Ab dem 1. April bekommen alle Ärzte am Universitätsklinikum der Frankfurter Goethe-Universität das kostenlose Jobticket für den ÖPNV, während der größte Teil der rund 5.000 Beschäftigen des Krankenhauses leer ausgeht und kein Jobticket erhält.

Dazu erklärte der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Wolfgang GREILICH: "Das Beispiel der Frankfurter Uniklinik zeigt einmal mehr, dass die Einführung des kostenlosen Jobtickets durch die CDU/Grüne Landesregierung ziemlich unausgegoren war und zu massiven Verwerfungen bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst führt. So dürfen Chefärzte und Ministerialbeamte Bus und Bahn kostenlos nutzen, während Krankenpfleger in einem Krankenhaus des Landes zu Fuß gehen oder ihr ÖPNV-Ticket selbst bezahlen müssen. Hier ist nicht nur der Eindruck einer Ungleichbehandlung entstanden, sie ist auch tatsächlich da."

Greilich weiter:

"Wenn es der Landesregierung wirklich darum gehen würde mit dem Jobticket etwas für den Klimaschutz zu tun, dann verstehe ich nicht, warum nur Beamte und manche Angestellte davon profitieren, viele andere Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung aber in die Röhre gucken. Dass ausgerechnet diejenigen das ÖPNV-Ticket weiter selbst zahlen müssen, die sowieso schon mit jedem Cent rechnen müssen, ist besonders grotesk. Die Grünen sprechen gerne von der sozial-ökologischen Wende, in der Praxis



müssen aber Krankenpfleger und Schüler ihr ÖPNV-Ticket bezahlen, während sich der Arzt oder der Ministerialbeamte auf dem Nachbarsitz über ein kostenloses All Inclusive-Angebot freuen darf. Das Jobticket wurde als großer Wahlkampfschlager der Grünen aus der Taufe gehoben, entpuppt sich aber immer mehr zum Zankapfel innerhalb der Mitarbeiterschaft in öffentlichen Einrichtungen. Es schafft böses Blut zwischen den unterschiedlichen Gruppen von Tarifbeschäftigten."

Greilich abschließend:

"Statt mit Wahlgeschenken für einzelne Gruppen auf Stimmenfang zu gehen, sollte die Landesregierung endlich die Verbesserung des ÖPNV-Angebotes für alle Nutzer in den Blick nehmen. Wir hätten das Geld zum Beispiel eher in den Ausbau des WLANs in allen Bussen und Bahnen investiert. Für den weit überwiegenden Teil der ÖPNV-Kunden, die nicht im öffentlichen Dienst sind und viel Geld für ihr Ticket bezahlen müssen, hat sich gar nichts verbessert. Im Gegenteil, viele Busse und Bahnen sind nun voller als früher, weil keine einzige Verbindung ausgebaut wurde und kein einziger zusätzlicher Zug wegen des Jobtickets fährt. So mancher Vollzahler wird sich angesichts des Gedränges in Bussen und Bahnen sogar überlegen, wieder aufs Auto umzusteigen."

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de